

Redebeitrag Hamburger Bündnis gegen Rechts, 15.01.2022

Lange konnte sich die gesellschaftliche Linke nicht auf eine gemeinsame Linie in der Bekämpfung der Pandemie einigen und es gibt bis heute kein Patentrezept. Viele Beiträge, wie eine solidarischere, sozial-gerechte und internationalistische Strategie aussehen könnte, haben wir heute gehört. In zwei Punkten sind wir uns jedoch einig: Die kollektive Verweigerung von Impfungen und der Glaube an Verschwörungsmythen löst die Krise nicht, sondern verschärft sie. Und wer mit Nazis marschiert hat nichts kapiert!

Als Hamburger Bündnis gegen Rechts haben wir die Aufmärsche und Kundgebungen der Corona-Leugner*innen von Beginn an beobachtet und unsere Analysen veröffentlicht. Schon im Frühjahr 2020 nahmen NPDler regelmäßig an den Kundgebungen teil. Auch andere Neonazis, rechte Hooligans, Reichsbürger*innen und Q-anon-Gläubige waren von Beginn an dabei. Hinzu kommen ideologische Schnittmengen: Oftmals sind die Verschwörungsmythen antisemitisch konnotiert. Machen die einen Corona-Leugner*innen Menschen mit jüdischer Herkunft wie Rothschild, Bill Gates oder Gorges Soros, für die Pandemie verantwortlich, so relativieren andere den Holocaust, wenn sie sich mit gelben Stern auf der Brust als angeblich verfolgte Impfgegner*innen inszenieren.

Von Seiten der Veranstalter*innen der Aufmärsche gab es nie eine organisatorische oder inhaltliche Distanzierung von der extremen Rechten. Sicher, „Nazis raus“-Rufe gab es, doch damit sind meist wir, die Gegendemonstrant*innen gemeint.

Ist diese Entwicklung wirklich so überraschend? Schon seit Jahrzehnten gibt es ein Potenzial von 10 – 20 % rechtsextremistischen Einstellungen in Deutschland. Dieses Potential kommt zu einem guten Teil aus der Mitte der Gesellschaft. In Hamburg wählten vor 20 Jahren knapp 20 Prozent der Menschen die rechtspopulistische Schill-Partei. Zehn Jahre später war es ein Wortführer der honorigen Mitte, ein ehemaliger Finanzsenator, das damalige SPD-Mitglied Thilo Sarrazin, der dem rassistischen Mob Munition lieferte. Bei Schill, Sarrazin, Pegida und den jetzigen Corona-Aufmärschen zeigt sich: Das Problem kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Historisch gesehen war der Mittelstand schon einmal bereit mit wehenden Fahnen zum Faschismus überzulaufen. So wie heute viele Menschen aus der Mitte mit Nazis marschieren war es schon einmal - und dafür gibt es einen Begriff: Mitläufer*innen. Es waren die Mitläufer*innen, welche vielleicht kein Parteibuch der NSDAP hatten, aber doch ihre jüdischen und /oder antifaschistischen Nachbar*innen und Kolleg*innen denunzierten. Und es sind Mitläufer*innen, die heute kein Problem damit haben Hetze bis hin zu Mordaufrufen in den sozialen Medien zu verbreiten, Angriffe auf medizinische Einrichtungen zu rechtfertigen oder Überfälle auf Journalist*innen abzufeiern.

Dass Hamburg zu „Hauptstadt der Bewegung“ im Norden werden konnte, liegt auch an der

nachsichtigen Politik der Verantwortlichen. Die Aufmärsche wurden von den Sicherheitsbehörden in Hamburg bisher durchweg als „bürgerlich“ charakterisiert und die rechten Einflussversuche heruntergespielt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gab es in Hamburg bis Mitte Dezember 2021 keine Maskenpflicht bei Versammlungen, und bis jetzt wurde ihre Durchsetzung nachlässig gehandhabt, was sogar die Zeitungen Hamburger Abendblatt und WELT monierten. Wenn dann noch der Bürgermeister und Arzt Peter Tschentscher zu Weihnachten öffentlich Verständnis für Impfgegner*innen - Demos äußert, so befördert dies, gewollt oder nicht, die rechtsoffenen Aufmärsche.

Auch das Verbot des heutigen Aufmarsches muss kritisch analysiert werden. Vor einer Woche schrieb die Polizei noch in ihrer Pressemeldung wahrheitswidrig "Der ganz überwiegende Teil der Versammlungsteilnehmer*innen ist den Verpflichtungen zum Tragen eines Mund-Nasenschutzes und zum Einhalten von Mindestabständen nachgekommen." Nun kommt die Versammlungsbehörde zu einer gegenteiligen Einschätzung und hat damit ein Verbot begründet. Es gibt Maßnahmen weit unterhalb der Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Dazu müsste die Polizeiführung sich allerdings auf ihre Fußtruppen verlassen können - was in Sachsen und Thüringen seit Wochen nicht mehr 100%ig gesichert ist. Uns treibt die Sorge um, dass es auch im Corps der Polizei in Teilen Sympathien für die Corona-Leugner*innen gibt. Über 10% der Polizei haben laut Anfrage in der Bürgerschaft eine Impfung verweigert. Um einen Einblick zu bekommen, wie die Polizei tickt, bräuchte es eine unabhängige Studie über die politische Einstellung der Beamt*innen. Diese wird aber seit Jahren von der Führung und den Gewerkschaften der Polizei verhindert. Ist das Verbot der Corona-Leugner*innen -Demo also ein verzweifelter Versuch der politisch Verantwortlichen, weil sie sich auf ihre Exekutive nicht mehr verlassen können? Wir erinnern hier auch an die zahlreichen Vorfälle von rechter Hetze, Nazi-Sympathien und rassistischen Übergriffen aus den Reihen der Polizei, die in den letzten Jahren bundesweit dokumentiert wurden.

Und letztlich: Das Verbot löst auch das Problem von rechten Einstellungen nicht, es braucht zusätzlich antifaschistische und wissenschaftlich begründete Überzeugungsarbeit.

Ein weiteres Mal zeigt sich, dass wir dringend einen zivilgesellschaftlichen Antifaschismus benötigen um rechten Formierungen aber auch autoritären Entwicklungen im Staatsapparat Einhalt zu gebieten. Oder um mit unserer im letzten Jahr verstorbenen Freundin, Auschwitz-Überlebenden und engagierten Antifaschistin Esther Bejarano zu sprechen: „Wer gegen die Nazis kämpft, kann sich auf diesen Staat überhaupt nicht verlassen.

